

Startschuss für europaweite Forschungen zu umstrittenen Päpsten

Ex-EU-Kommissionspräsident Prodi und israelischer Vatikan-Botschafter Lewy eröffnen Tagung zu Pius XI. und XII. in Münster

Münster, 25. März 2010 (exc) Prominente aus Politik und Wissenschaft haben den Startschuss für ein europäisches Netzwerk zur Erforschung der umstrittenen Politik des Vatikans in der Zwischenkriegszeit gegeben. Romano Prodi, ehemaliger Präsident der EU-Kommission, und Mordechai Lewy, Botschafter Israels beim Heiligen Stuhl, betonten am Mittwochabend auf einer Tagung in Münster die Wichtigkeit internationaler Studien zu Papst Pius XI. und seinem Nachfolger Pius XII. Etwa 30 Professoren aus ganz Europa planen, gemeinsam mit Nachwuchswissenschaftlern die 100.000 Aktenbündel aus der Amtszeit von Pius XI. (1922-1939) im Vatikanischen Geheimarchiv auszuwerten. Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., übte in dieser Zeit als Nuntius in Deutschland und später als Kardinalstaatssekretär bereits entscheidenden Einfluss aus.

Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Prof. Matthias Kleiner, sagte dem geplanten Forschungsnetzwerk seine Unterstützung zu, auch bei der weiteren Gestaltung geeigneter Förderinitiativen. Der Staatssekretär im NRW-Innovationsministerium, Michael Stückradt, und der Prorektor für strategische Planung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU), Jörg Becker, begrüßten das Projekt als einen Beitrag zur geisteswissenschaftlichen Spitzenforschung in der Region. Sie äußerten sich zum Auftakt einer Tagung an der WWU über Pius XI. und Eugenio Pacelli, die der Münsteraner Kirchenhistoriker Prof. Dr. Hubert Wolf in Kooperation mit dem Exzellenzcluster „Religion und Politik“ veranstaltet. Prof. Dr. Gerd Althoff, Sprecher des Exzellenzclusters, betonte, er sehe „beste Voraussetzungen“ für eine Zusammenarbeit: „Das Papsttum ist eine Institution, die auch uns besonders interessiert.“

Botschafter Lewy stellte klar, Pius XII. sei nicht „Hitlers Papst“ gewesen. „Der geistige Boden in der Kurie war aber stark antisemitisch und nicht nur antijüdisch behaftet.“ Pius XII. habe sich auch in der Nachkriegszeit „kaum beeindruckt vom jüdischen Schicksal“ gezeigt. Der israelische Botschafter bezeichnete es als „eine absolute Notwendigkeit“, die Entscheidungsprozesse innerhalb der Kurie und bestimmte Fragestellungen zur Zwischenkriegszeit europaweit zu untersuchen.

Prodi hob hervor, das Europa der Zwischenkriegszeit könne als abschreckendes Beispiel für die Gegenwart dienen. Damals habe die „Einigkeit in den Zielen“ gefehlt. „Es ist sehr wichtig, die Ereignisse und die politischen Leitlinien des damaligen Europas zu erkennen, da aus der totalen Umkehrung ebendieser Leitlinien das andere Europa der Nachkriegszeit erwachsen ist.“ Europa müsse „in die Ausbildung einer Generation von Forschern dieser Fakten und Prozesse“ investieren.

Zurzeit steht die Europäische Union nach Ansicht des langjährigen Europapolitikers erneut an einem Scheideweg. Sie sei immer stärker von der Vertretung nationaler Interessen, Populismus und Regionalismus geprägt. Die Vision der europäischen

Einigung brauche deswegen neue Grundlagen: eine neue gemeinsame Wirtschafts- und Außenpolitik, die Freiheit, wichtige Entscheidungen nicht einstimmig fällen zu müssen und die Möglichkeit, „aus der Union auszutreten für die, die ihre Ziele nicht anerkennen“. „Man kann nicht Mitglied der Union sein, nur um die Funktion einer Bremse auszuüben“, betonte der Politiker.

Der katholischen Kirche kommt laut Prodi eine besondere Verantwortung für die Zukunft Europas zu. Das universal ausgerichtete Christentum relativiere Nationalismen. Angesichts der Ängste vor dem Terrorismus und der globalen Migrationen könne es das Streben nach Frieden unterstützen und Europa einen „einenden ethischen Schub bringen“. Der Europapolitiker forderte in seiner persönlich geprägten Rede aber dazu auf, „in der Zugehörigkeit zur eigenen religiösen Familie zu verstehen, wo der eigene Platz als Mitglied einer pluralistischen Gesellschaft ist“. Er erinnerte an die Gründungsväter der europäischen Einigung, die in einem „sehr starken religiösen Fundament“ die Grundprinzipien des Friedens und des menschlichen Miteinanders gefunden hätten. Die Kirche habe sie dabei allerdings nicht unterstützt.

Mordechay Lewy ging in seinem Festvortrag auf die Einstellung Pius' XII., der von 1939 bis 1958 Papst war, zum Judentum, zum Zionismus und zum Staat Israel ein. Es verdichte sich der Eindruck, dass sein „Schweigen“ zur Judenverfolgung zu seiner „diplomatischen Überlebenstaktik“ gehört habe. Pius XII. biete „kein Schwarz-Weiß-Bild, sondern ein schmerzhaft nuanciertes Grau“. Die Gründung Israels lehnte der Vatikan Lewy zufolge ab. „Die theologische Haltung war, dass die Juden als Volk der Gottesmörder die Gnade Gottes verloren haben – und damit auch ihr Anrecht auf das Heilige Land.“ Die Staatsgründung Israels sei im Vatikan zudem als eine kommunistisch-atheistische Gefahr gesehen worden. Weitere Forschungen zu diesen Fragen seien unbedingt notwendig.

Am Seminar für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte der WWU untersuchen die Mitarbeiter eines Langzeitvorhabens der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bereits die Politik des Vatikans in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Sie bereiten rund 6.500 Berichte für die Veröffentlichung im Internet vor, die Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., als päpstlicher Gesandter in Deutschland schrieb. Die Dokumente aus dem Jahr 1917 sind seit dem 24. März unter www.pacelli-edition.de online zugänglich. (arn)

Bildzeile: Prof. Dr. Hubert Wolf und Prof. Dr. Alberto Melloni aus Bologna, ebenfalls Mitglied im geplanten Forschungsnetzwerk, mit Romano Prodi und Mordechay Lewy auf dem Prinzipalmarkt in Münster (von links nach rechts).

Kontakt:

Holger Arning
Zentrum für Wissenschaftskommunikation
des Exzellenzclusters "Religion und Politik"
Johannisstraße 1-4
48143 Münster
Tel.: 0251/83-23376

Fax: 0251/83-23246
religionundpolitik@uni-muenster.de

„Religion und Politik“ - Der Exzellenzcluster der WWU Münster

Im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster forschen rund 200 WissenschaftlerInnen aus 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen und elf Ländern. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis zwischen Religion und Politik von der Antike bis zur Gegenwart und von Lateinamerika über Europa bis in die asiatische und arabische Welt. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den deutschlandweit 37 Exzellenzclustern der einzige zum Thema Religionen. Bund und Länder fördern das Vorhaben im Rahmen der Exzellenzinitiative bis 2012 mit 37 Millionen Euro.